

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

LESERBRIEFE

Nicht die Redaktion hat an dieser Stelle das Wort. Hier äußern sich Leser. Ihre Meinung muss sich nicht mit der Auffassung unserer Redaktion decken. Leserbriefe, die einen Umfang von mehr als 60 Zeilen (dies entspricht 2300 Zeichen, inklusive Leerzeichen) umfassen, sprengen den Rahmen des verfügbaren Platzes und müssen gekürzt werden. Vielschreiber bitten wir um Verständnis, dass wir sie nicht ständig drucken; auch andere Leser wollen zu Wort kommen. Anonyme Leserbriefe oder solche mit beleidigendem Inhalt werden abgelehnt. Die veröffentlichten Leserbriefe sind auch im Internet unter www.wnoz.de zu finden.

Musik war zu laut

Die Sommernächte sind zum Tanzen da
WN/OZ vom 9. Juli

Ein Hoch auf die Birkenauer Kerwe! Vier Tage tolles Wetter, das hatte sich das Organisationsteam der Kerwe Birkenau reichlich verdient. Auch die hohe Besucherzahl an allen Tagen bestätigten die Helfer und Planer und sorgten für gute Stimmung. Ein umfangreiches und interessantes Programm vom Kerwefreitag bis Kermemontag sorgte bei den vielen Gästen – auch von außerhalb – für beste Unterhaltung bis spät in die Nacht.

Leider gab es aus meiner Sicht auch zwei Wermutstropfen. Dies muss an dieser Stelle kritisch angemerkt sein, da insbesondere am Freitag und am Samstag zahlreiche Kerwebesucher ihren Ärger lautstark äußerten. 1. Die Lautstärke der Musik „vergraulte“ eine Vielzahl von Gästen, die das Weite suchten und dadurch zu einem hohen Anteil für negative Stimmung sorgten. 2. Vom Tanz in Sommernächten kann zumindest bei den „Ü50-Gästen“ keine Rede sein. Dazu fehlte einfach die entsprechende Stimmungsmusik, wie sie auch auf vielen anderen Veranstaltungen zu hören ist und zum Tanzen animiert.

Diese beiden Punkte sollen den großen Erfolg und den guten Ruf der Kerwe nicht schmälern, können aber vielleicht in den künftigen Planungen für die Kerwe 2019 berücksichtigt und optimiert werden, damit es „am Ende tatsächlich nur Gewinner gibt“.

Bernd Geiß, Birkenau
und drei weitere Unterschriften

Hoffnungen zerstört

Mandelas bröckelndes Erbe
WN/OZ vom 18. Juli

Nelson Mandelas Traum einer „Regenbogennation“ in Südafrika verweht und verschwindet, seine Hoffnungen sind weitestgehend zerstört. Aber das „weiße Erbe“ dafür verantwortlich zu machen, zielt viel zu kurz, entspricht aber der allgemeinen Aufarbeitung kolonialer Hinterlassenschaften in Zeiten des Neoliberalismus. Mandelas Nachfolger Zuma hat das Land in Zwiespalte und auf Talfahrt geführt, sein 500-Millionen-Euro schwerer Nachfolger Ramaphosa macht es nicht besser. Weiße Siedler werden enteignet und ermordet. Schwarze Einwanderer anderer Staaten drangsalieren und misshandelt. Südafrika beginnt an der Krankheit der allermeisten afrikanischen Staaten zu leiden. Man sollte nicht ausschließen und immer die Schuld an jedwedem Missständen bei den „Weißen“ sehen. Jahrzehntelange Unabhängigkeit waren Zeit genug zur Emanzipation, stattdessen Korruption, Ignoranz und Stammesdenken. Nur durch radikales Umdenken der eigenen Bevölkerung ist Afrika zu retten. Ich habe große Zweifel daran.

Matthias Wildmann, Weinheim

Kritischer nachfragen

Kanalsanierung Müllheimer Talstraße
WN/OZ vom 13. Juli

Liebe Leute, das muss mir mal einer erklären. 190 Meter Kanalsanierung (ja, und weil das ja dann passt, werden noch andere sinnvolle Dinge verlegt, so weit – so gut) starten im August 2018 und sollen im Herbst 2019 beendet sein. Ich fürchte, das ist kein Druckfehler bei den Jahreszahlen. Ja, klar, wat mut, dat mut, aber eine Zeitspanne von 14 (bis Herbstanfang 2019) bis 17 Monaten (bis Jahresende 2019) für 190 Meter? Papiere nur ich das nicht? Und während dieser langen Zeitspanne wird der Verkehr in der Burggasse (bei 20 km/h-Begegnungsverkehr in der Einbahnstraße) fließen? Das hoffe ich, und bestimmt viele Anwohner und Pender, mit den Verantwortlichen im Rathaus. Zum wiederholten Male wünsche ich mir von der Zeitung, aber auch von anderer Stelle, ein kritisches Nachfragen. Ein Druckmachen und Ringen für bessere (in dem Fall: schnellere) Lösungen, statt reiner Hofberichterstattung und purer Akzeptanz.

Kai Petri, Weinheim

Brot und Spiele

Geschockt von CDU-„Abwatsche“
WN vom 17. Juli

Populismus ist eine moderne Form zur Stimmungsmache geworden, besonders, wenn er von Brot und Spielen begleitet wird. Verwaltung und Gemeinderat haben das in den letzten Jahren überzeugend und ziemlich einvernehmlich praktiziert. Es ist daher erfrischend, wenn jetzt wenigstens eine Partei anfängt, über Ausgaben und die Finanzierbarkeit der Zukunft nachzudenken. Denn es liegt immer noch kein langfristig finanziell gesichertes Schulkonzept vor, das künftig zu erheblichen Belastungen des Schulverbands führen wird. Und die alleisits gelobte, aber überdimensionierte Allahopp-Anlage bindet erhebliche Mittel für deren Erhaltung. Leider wurde vergessen, den schattigen „Abenteuerspielplatz“ in das Konzept einzubeziehen, der einzige übrigens, der die Fantasie der Kinder anregt und dessen Hütten Rückzugsgebiete für Jugendliche sind, und für dessen Instandsetzung jetzt anscheinend kein Geld mehr verfügbar ist. Vielleicht wacht die eine oder der andere auch auf, denn niedrige Zinsen als Argument sind ein vorübergehendes Phänomen und Schulden müssen irgendwann zurückgezahlt werden.

Lothar Gräbner, Hemsbach

Ideologisches Denken

Leserbrief: „Beton-Wendehäse“
WN/OZ vom 14. Juli

Der Leserbrief von BUND-Funktionär Herwig Winter zeigt in eindrucksvoller Weise, wie sehr ideologisches Denken den Blick auf die Realität verstellt. Wenn, wie in Wald-Michelbach durch die Entega veranlasst, mehrere hundert gesunde und bis zu 80 Jahre alte Bäume für Windkraftträder gefällt werden, die als riesige CO₂-Speicher fungierten, so hat das mit Klimaschutz nichts zu tun. Dieses CO₂ wird damit wieder freigesetzt und belastet unsere Umwelt. Gleichzeitig fehlen die Waldkapazitäten, um diese Speicherkraft zu ersetzen. Neuaufforstungen führen während der Förder-Laufzeit eines Windkrafttrads von 20 Jahren nur zu circa fünf Prozent des zuvor erfolgten Verlustes! Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Windhöflichkeit in Süd-deutschland dazu führt, dass die hier errichteten Windkraftanlagen nur etwa ein Prozent des Gesamtenergieertrags in Deutschland ausmachen, so kann man zum Klimaschutzargument nur den Kopf schüttern. Und zum Beton: Um das Fundament eines Windkrafttrads herzustellen, müssen circa 100 Beton-Lkws ihre naturzerstörerische Ladung in den gesunden Waldboden kippen. Das ist gleichzeitig der Tod von Millionen Kleinlebewesen.

Mir vorzuwerfen, ich sei im Hinblick auf meine Amtszeit als Landrat ein „Beton-Wendehals“ ist in zweierlei Hinsicht falsch: 1. Ich war nachweislich immer – und nicht erst nach Ausscheiden aus meinem Amt – gegen Windkraftträder auf den Höhen des Odenwaldes und habe diese auch sämtlich während meiner Amtszeit im Landkreis Bergstraße mit verhindern können. 2. Als Landrat habe ich, was „Beton“ oder besser Bauen angeht, mich im Wesentlichen um den Bau, die Sanierung und die Ausstattung der Schulen gekümmert. Insgesamt flossen in dieser Zeit über 400 Millionen Euro in die Verbesserung der Bildungssituation der Schulkinder. Davon hat übrigens auch die Martin-Luther-Schule in Rimbach, an der Herr Winter Lehrer war, erheblich profitiert. Wenn Herr Winter mir dafür den Titel „Beton-Wendehals“ verleihen möchte, dann nehme ich ihn gerne: Diese Investitionen für unsere Kinder waren eindeutig besser als gesunde Waldflächen zu roden und tonnenweise Beton in die Waldböden zu kippen. Und wenn Herr Winter meinen Einsatz für den Bau der B38a im Weschnitztal meinen sollte, so gilt auch hier: Menschen- und Umweltschutz vor blinder Ideologie!

Matthias Wilkes, Lautertal

Stopp das Sterben!

Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer

Im Mittelmeer spielt sich Unfassbares ab: 1408 Menschen sind dieses Jahr auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken, allein im Juni waren es mehr als 600. „Der Juli wird als der tödlichste Monat in die Geschichte der Seenotrettung vor der libyschen Küste eingehen“, sagte der Kapitän Claus-Peter Reisch des Seenotretters „Lifeline“ im Deutschlandfunk. Weiter berichtet er: „Es ist beschämend, dass die EU mehr dafür tut, Seenotrettung zu verhindern, als gegen das Sterben im Mittelmeer“. Heute haben Seenotretter auf einem zerstörten Schlauchboot eine Frau und zwei Leichen gefunden. Libyens Küstenwache soll sie im Mittelmeer zurückgelassen haben. Die Helfer sprechen von kriminellen Zuständen. Täglich ertrinken Väter, Mütter und Kinder im Mittelmeer und hier diskutieren wir ernsthaft, ob es legitim ist, Menschenleben zu retten, und bestimmt nicht genug, die Retter werden vor Gericht gestellt und deren Schiffe beschlagnahmt. Politiker wie Seehofer und Salvine verschärfen die Asylgesetzgebung. Die AfD-Bundestagsfraktion hat sogar Strafantrag gegen die Seenotretter gestellt. Diese Politik bedroht nicht nur

die Flüchtlinge, sie setzt auch unsere eigene Humanität und Würde aufs Spiel. „Rettungsschiffe schicken oder nicht?“, fragt „bild.de“, und man schämt sich fremd für die komplette Zivilisation, die diese Frage überhaupt hat entstehen lassen“, schreibt die Kolumnistin Margarete Stukowski auf Spiegel-Online. Moral wird verunglimpft und Menschlichkeit kriminalisiert. Es ist mehr als zynisch, sich im Frieden der eigenen demokratischen Sicherheiten einzurichten und anderen Mitmenschen zuzumuten, Krieg und Vertreibung auszuhalten.

Ja, in Deutschland gibt es zu wenig Sozialwohnungen, viele Kinder und Rentner leben unter der Armutsgrenze. Deutschland ist laut OECD das Land mit der drithöchsten Vermögensungleichheit aller Industrienationen. Trump, Le Pen, Strache, Orban, Wilders, Höcke – sie alle geben sich als „Anwälte der kleinen Leute“, sie alle lenken Wut und Verbitte- rung der Krisenverlierer gegen (angeblich) „Fremde“, sie alle spielen das Nationale gegen das Völkerverbindende aus. Wir dürfen nicht länger schweigen. Menschenrechte kennen keine Grenzen. Menschlichkeit ist keine Frage von Gefühlsduselei.

Christoph Hey, Birkenau

Flache Lernkurve

Die SPD von damals gibt es nicht mehr
OZ vom 30. Juni

Ja, Frau Schubert, ich verstehe Sie. Sie verlassen den politischen Scherbenhaufen in „Wald-Corleonebach“ und schieben die Schuld dafür zum Teil den Windkraftgegnern in die Schuhe. Sie werfen uns vor, nur unser eigenes Wohl im Sinn zu haben. Wissen Sie nicht, oder wollen Sie nicht wissen, dass viele dieser Leute in Parteien (auch in Ihrer), in Vereinen und Organisationen ehrenamtlich tätig sind? Haben Sie denn jedes Gefühl dafür verloren, dass wir uns, in welchem Gemeindeteil auch immer, in Kindergärten, Schulen oder für Projekte wie zum Beispiel den „Glücksort Siedelsbrunn“ als Wald-Michelbacher Bürger aktiv beteiligen? Darüber hinaus werde ich mich als Windkraftgegner, wie viele unserer Mitstreiter, sicher nicht dafür entschuldigen, dass wir zum Teil aus umliegenden Städten hierher zogen, das Pendeln in Kauf nehmen, unser ganzes Geld für den Bau unserer Häuser investierten und zum Dank dafür jetzt auf die fünf dauerblinden Totengräber unserer Landschaft und Zukunft starren dürfen. Von der Beschallung mal ganz abgesehen. Dass Sie für Windkraft stehen, sei Ihnen unbenommen und ist in einer Demokratie Ihr gutes Recht. Allerdings ist unbestritten, dass Sie mit Ihrer Entscheidung über ein Vertragswerk mit der Entega abstimmen, von dem Sie in der Tiefe überhaupt keine Ahnung haben konnten. Kriminell ist das nicht, aber sicherlich grob fahrlässig. Am besten wäre es, Sie gingen mit Ihrer Meinung zu den Leuten, die nachts nicht mehr schlafen können und deren Anwesen nur noch ein Bruchteil ihrer Anschaffungskosten wert sind. Ein Spitzetermin dafür wäre unsere Donnerstags-Demo, aber da lässt sich von den ehemaligen Entscheidungsträgern erfahrungsgemäß eh niemand blicken. Übrigens – ein in der Öffentlichkeit viel beachtetes Armutszuignis und ein Indiz dafür, was unsere Gemeinderäte, ausgestattet mit einer flachen Lernkurve, unter Demokratie verstehen. Wald-Michelbach ermet jetzt das, was von der ehemaligen Kunkeladministration und deren Mitläufern gesät wurde. Ich bin sehr gespannt, wie sich dieses Desaster bei der nächsten Kommunalwahl auswirkt. Vielleicht zeigt ja noch der eine oder die andere derer von Ihnen angegangenen Mitstreiter den Willen, auch gemeindepolitisch aktiv zu werden. Möglicherweise wird dann aus „Wald-Corleonebach“ wieder Wald-Michelbach.

Rony Knierim, Wald-Michelbach

Im Ton vergriffen

Leserbrief: Nur noch Mittelfeld
WN/OZ vom 14. Juli

In den Wochenendausgaben der Weinheimer Nachrichte lese ich immer wieder gerne auch die Leserbriefe. Dabei kommt es selbstverständlich des Öfteren vor, dass ich die darin geäußerte Meinung nicht teile. Das ist ja auch ganz gut so. Manchmal stellt sich mir aber die Frage, ob man jeden geschriebenen Unfug unkommentiert in der Öffentlichkeit stehen lässt und auf Erwidering verzichtet. Beim Leserbrief von Herrn Mertens gelingt mir der Verzicht nicht. Herr Mertens vergreift sich im Ton und gibt zwei jungen Schulformen, die sich in der Aufbau-phase befinden, die Schuld an der mangelhaften Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen; Inklusion und Gemeinschaftsschule sollen schuld an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere und der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sein. Für mich gibt dieser Brief in erster Linie Zeugnis von der Unzulänglichkeit des bisherigen Schulsystems und verdeutlicht die Notwendigkeit, die Denkfähigkeit (und auch die soziale Kompetenz) zu verbessern. Dabei können Inklusion und Gemeinschaftsschule ganz sicher ihren Beitrag leisten.

German Braun, Hemsbach



Leserfoto „Liebe Grüße aus dem Gorchheimer Tal“ sendet Nadine Muchau mit dieser Abendaufnahme, die zeigt, wie schön ein Tag ausklingen kann.

Keine Barrierefreiheit

Bernhard muss Dampf ablassen
WN/OZ vom 16. Juli

Mit Interesse und Verwunderung verfolgt man seit 2010 die Entwicklung beim Umbau des Bahnhof Weinheim sowie der Sanierung der Weschnitztalbahn. Mit Erstaunen liest man, dass die Kosten für den Bahnhof von geschätzt (?) 1,6 Millionen Euro auf 8,7 Millionen gestiegen sind. Viel Geld für eine Maßnahme, die immer noch nicht fertig ist! Am 15. Juni 2018 stand in der Presse: „Es hat sehr lange gedauert, aber jetzt ist der barrierefreie Ausbau des Weinheimer Bahnhofs offiziell abgeschlossen.“ Von der DB veröffentlicht. Wer mit der RB 69 in Weinheim am Gleis 1 einsteigen und nach Mannheim weiterfahren möchte oder umgekehrt, für den gibt es keine Barrierefreiheit! Der „kleine Unterschied“ zwischen der Tür-Ausstieghöhe und der Bahnsteigoberkante beträgt 21 cm. Ein Hindernis für Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollator sowie andere ältere/behinderte Personen, für die diese 21 cm ein fast unüberwindbares Hindernis sind. Diese Differenz entstand, da die Regionalbahn für Bahnsteige mit Oberkante 55 cm über der Schienenoberkante konstruiert wurde. Der umgebaute Bahnsteig 1 hat aber eine Höhe von 76 cm. In diesem Zusammenhang ein Hinweis: Der Umbau aller Haltestellen auf der kompletten Strecke der Weschnitztalbahn bis 2014 kostete viele Millionen Euro. Grund für den Umbau war diese Bahnsteigkantenhöhe von 55 cm. Danach erfolgte im Jahr 2015 die Anschaffung der Regionalbahnzüge, auch mit Kosten in Millionenhöhe. Die passende Bahnsteighöhe für die RB 69 (LINT-Flotte) steht in Weinheim nur bei Gleis 5 und 6 zur Verfügung. Im VRN-Verbundbericht 2015/2016 steht: „Bis zum 1. Januar 2022 muss der öffentliche Personennahverkehr laut Gesetz den vollständig barrierefreien Zugang für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen gewährleisten. Diese Anforderungen sollen künftig in den Nahverkehrsplänen der Aufgabenträger berücksichtigt werden. Im Zuge dessen wurde verbindlich eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Umsetzung der Maßgaben bei Haltestellen durchgeführt. Zur Konkretisierung erstellte die VRN GmbH einen Leitfadens zur barrierefreien Gestaltung von (Bus)Haltestellen. Dieser Leitfadens ist eine Essenz der bereits heute bestehenden umfangreichen Gesetze, Normen und Empfehlungen.“

Dieter Wagner, Birkenau

Formidables Eigentor

Leserbrief: „Beton-Wendehäse“
WN/OZ vom 14. Juli

Wie leicht es doch ist, die Arbeit ehemaliger Landräte zu kritisieren und deren scheinbare Hartleibigkeit gegenüber der Umwelt in die Diskussion um die Windkraft im Odenwald einzustreuen. Aber konkret werden? Bloß nicht! Denn dann würde ja auffallen, dass Ihnen, Herr Winter, wie schon so oft, ein formidables Eigentor „gelungen“ ist. Jeder Landrat begleitet irgendwo, irgendwann, irgendeinen Gewerbetreibenden oder Straßenbau. Die Entwicklung des Odenwaldes gehört nun mal zu deren Aufgabenprofil. Wenn Ihnen das so weh getan hat, wo waren Sie damals? In Ihrer Organisation geht es doch nur noch um die finanzielle Abhängigkeit des BUND von der Windkraftlobby und den mittlerweile daraus erwachsenen negativen Auswirkungen auf unseren Odenwald. Ja, sie sind bekannt als der Vogelschutzexperte schlechthin. Erst

gestern konnte ich wieder herrliche Aufnahmen machen von unserem Odenwälder „Fabelwesen“, dem Schwarzstorch, den es laut ihrer vielbelachten Expertise doch gar nicht geben dürfte! Jägerlatein?

Wir werden nicht aufhören uns weiter für echten Naturschutz einzusetzen. Der beginnt genau da, wo Sie und Ihre windkraftthörige Knappschaft seit Jahren versagt haben. Dabei braucht es aber wahrheitsresistente Menschen wie Sie, die uns immer wieder daran erinnern, warum wir auf die Straße gehen. Vielen Dank dafür, und gehen Sie zusammen mit ihrem „BUND der Windlobbyisten“ weiter in Ihre selbst gewählte Sackgasse.

Stephan Hördr, Wald Michelbach

Originelle Kultur-Events

Einen Sommerwein für den „OB“
WN vom 3. Juli

Die Stadt Hemsbach organisierte ein Sommerfest anlässlich des zweiten Geburtstags der „Allahopp-Anlage“ in Hemsbach. Diese Veranstaltung reihte sich nahtlos in die originellen kulturellen Events der letzten Jahre ein – wie „Picknick am Schloss“, „See der Sinne“ und die Vielzahl an Höhepunkten der Kulturbühne Max. Hiermit möchten wir uns bei der Stadt Hemsbach, stellvertretend für die vielen an der Organisation beteiligten Mitarbeiter, für einen perfekten Sommerabend bedanken: Eine mitreißend spielende „Freddy Wonder Combo“, ein gut gelautetes und mitfeierndes Publikum, warmer Sommerwind, gutes Essen und Trinken. An den kommenden kalten, grauen Novembertagen werden wir gerne an dieses super gelungene Sommerfest zurückdenken.

Birgit Gräbner-Weber, Hemsbach
und eine weitere Unterschrift

Sündenböcke erfinden

Leserbrief: Merkel verfolgt einen Plan
WN/OZ vom 7. Juli

Den Leserbrief von Herrn Emig möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Ich war entsetzt, wieder einmal einen Leserbrief in meiner Tageszeitung zu entdecken, der für mein Empfinden rassistisch und geeignet ist, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft empfindlich zu stören. Ich finde den Inhalt stellenweise sehr beleidigend, wenn Herr Emig Texte zitiert von der „Vermischung der Rassen (...) mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse (...) mit einem durchschnittlichen IQ von 90, zu dumm, um zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten“, die unter Verschwörungstheoretikern große Begeisterung hervorgerufen.

Ein Zusammenhang zwischen IQ und Hautfarbe wäre mir neu. Ich möchte in diesem Zusammenhang an folgende in Deutschland geltenden Gesetze erinnern: Grundgesetz, Art 3, 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Ich möchte Herrn Emig an dieser Stelle unterstellen, dass er nicht grundlos diesen Herrn Thomas M. Barnett zitiert und in den Zusammenhang mit der aktuellen Politik in Deutschland stellt, son-

dern den Verschwörungstheorien gerne Glauben schenken möchte.

Ich wünsche mir, dass öffentlich geäußerte Meinungen, die nur darauf aus sind, Sündenböcke für welche Probleme auch immer zu erfinden und sich nicht zu schade sind, Mitmenschen aufgrund ihres tatsächlichen oder vermeintlichen „Andersseins“ herabzuwürdigen, nicht unkommentiert bleiben.

Judith Urban-Laub, Fürth

Pannenserien als Standard

Zschäpe zu lebenslänglich verurteilt
WN/OZ vom 12. Juli

Nur wenn die Fakten erdrückend sind, dann werden rechte Straftaten verfolgt. Zehn Jahre NSU-Mordserie, von fünf Jahre Verhandlungen begleitet, Verfehlungen bei der Beweismittelanerkennung und -verschleierung. Beim Oktoberfestattentat ist der 40. Jahrestag nicht weit. Wie auch bei den europaweiten Attentaten der Geheimarmee „Stay Behind“. Hier zählen wir jede Menge von Rechten verletzte Attentate. Es ist erschreckend, welche Kette an Fake News, Pannen, Vertuschung, Gedächtnislücken, Verfehlungen der Verfassungsorgane sich aneinanderreihen. Oder liegt es daran, dass die Wurzeln dieser Institutionen Ableger oder gar Abteilungen der Organisation „Reinhard Gehlen“ sind?

Dagegen laufen bei den bösen Linken – wie bei G20 – die Ermittlungen mit fragwürdigen Methoden auf Hochtouren. Das ist Realität beim Engagement des deutschen Staates, wenn es um Straferfolgung an den politischen Rändern geht. Dagegen sind Pannenserien der Standard bei rechten Straftaten. Die kleinen Straftaten der Rechten tauchen in der Statistik ergr gar nicht auf. Siehe den Standardrassismus der Bevölkerung, gestützt durch die Argumentation der Nationalkonservativen aus unserem Heimatmuseum, äh, Heimatministerium.

Bevor jetzt der Aufschrei groß wird. Es geht mir nicht um die Verharmlosung von Straftaten, sondern um deren Verhältnismäßigkeit. Dazu eine Textstelle aus den „Känguru-Chroniken“ von Marc-Uwe Kling: „Ob Links- oder Rechtsterrorismus, da sehe ich keinen Unterschied.“ „Doch, doch“ ruft das Känguru, „die einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos sind schlimmer, denn es hätte meines sein können. Ausländer besitze ich keine.“

Michael Hamburger, Weinheim

Schlechte Ampelschaltung

Zur Situation an der Hammelsbrücke

Ich fuhr am 5. Juli aus Richtung Reisen kommend in Richtung Hammelsbrücke. Die Ampel zeigte Rot. Ich ordnete mich auf der Abbiegespur ein, vor mir stand schon ein weiteres Auto zum Linksabbiegen. Die Ampel sprang auf Grün, das Auto vor mir fuhr in die Kreuzung, ich langsam hinterher, immer die Autos aus Richtung Weinheim kommend im Blick. Endlich hält der Erste an, das Auto vor mir biegt ab, doch schon kommen die Autos von der Brücke auf uns zu. Der Erste hupt meinem Vorfahrer ärgerlich hinterher, und ich stehe mitten auf der Kreuzung, kann weder vor noch zurück. Seit der neuen Ampelanlage ist dieser Zustand programmiert. Es kann nicht sein, dass ein genannter Kreuzung bei Grün nur ein Auto zum Linksabbiegen kommt. Den Verantwortlichen wünsche ich diese Situation, oder muss erst etwas passieren, bevor es eine Änderung gibt.

Gertrud Herbig, Birkenau